

Die Halle vierteljährlich bei normaler Postzahlung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Verleger der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementkassette Nr. 1133.

Saale-Zeitung

Vierundvierzigster Jahrgang.

Wegen der Spaltenzahl oder dem Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 30 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Reichsstr. 68, 1. Stock, von unterm Annoncen-Bureau und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Feiertags ausnahmslos. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubachstr. 17; Annoncen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 68; 1. Telefon Nr. 591 u. 176.

Nicht auf den ersten Anhub.

Zur Niederlage der Regierung nimmt nun auch die offizielle „Norddeutsche Allg. Ztg.“ in ihrem Wochenrückblick Stellung. Sie sucht noch einmal den Standpunkt der Regierung planmäßig zu machen, teilt gegen die „demokratische“ Seite einige Stiche aus und gibt sich dann mit dem schönen Trost aufwiegen, daß „so gewichtige Fragen — das Bild ist ein bißchen schief — nicht auf den ersten Anhub gelöst werden“.

Die Wahlfrehsfrage ist gelöst. Es ist im Interesse des Landes tief zu bedauern, daß kein positives Resultat erzielt worden ist.

Es wird der Regierung nicht zum Vorwurf gemacht werden können, daß sie das Interesse des Landes an einem positiven Ergebnis im Laufe der Verhandlungen nicht genügend berücksichtigt hat. Ebenjowenig wie die Staatsregierung von den Parteien eine unbeschränkte Nachgiebigkeit verlangt hat und verlangen konnte, konnten die Parteien von der Staatsregierung fordern, daß sie im Hinblick auf dieses Interesse des Landes von der Basis der Zentrumsausbeschlüsse, für die sie sich mit ihrer Autorität eingesetzt hatte, wieder absteigen sollte.

Nachdem das Abgeordnetenhaus die Regierungsvorlage umgestülpt, an die Stelle der öffentlichen Wahl die geheime, an Stelle der direkten die indirekte gesetzt hat, hat die Regierung trotz schwerer Bedenken die Verknüpfung der indirekten und geheimen Wahl als eine annehmbare Basis erklärt, nachdem die Regierungsvorlage durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ausfallig geworden war. Der Ministerpräsident hat in seiner damaligen Erklärung in der dritten Lesung des Abgeordnetenhauses keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn auch die Basis der geheimen und indirekten Wahl möglich sei, die Regierung sich im Übrigen doch nicht an die damaligen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in allen Einzelheiten binden könne. Daß dabei in erster Linie die Regelung der Kulturfragen und Drittlingstrage gemeint sein mußte, war nach den eingehenden Verhandlungen gerade über diese Punkte klar. Diese Punkte wurden vom Zentrum in einer für die Regierung annehmbaren Weise geregelt. Wenn nun, nachdem die Staatsregierung den Parteien so weit entgegengekommen war, die Parteien zu früherer, der Regierung unannehmbarem Antrage zurückgriffen, so wird niemand der Staatsregierung den Vorwurf machen können, das Scheitern der Vorlage verurteilt zu haben.

Von demokratischer Seite, auf der man die Wahlreform weniger als Aufgabe positiver Arbeit, denn als Agitation im Wahlkampf betrachtet, hat man behauptet, die Regierung hätte aus Rücksicht auf ihre Autorität zu einer gegen die konservative Partei gerichteten Aufhebung des Abgeordnetenhauses schreiten müssen. Eigentümlicherweise gehen diese Rückschlüsse von einer Seite aus, die ihrerseits nicht einmal prinzipiell bereit ist, mit der Regierung auf einer für sie annehmbaren Basis zusammenzuarbeiten, und auch die Regierungsvorlage nicht nur in Einzelheiten, sondern im ganzen als unbillig und verwerflich mit erbauenden Krassausdrücken belegt hat. Diese Rückschlüsse bewegen also anderes, als einen Weg zu positiver Lösung zu bezeichnen — es ist denn, daß man von der Regierung erwartete, sie akzeptiere nun die von ihr zurückgewiesene demokratische Lösung. Es ist eine letzte Warnung, daß bei der Forderung einer solchen prinzipiellen Unterwerfung auf die Pflicht der Regierung zu beziehen, ihre Autorität, die der konservative Partei durch die Nichtannahme der Zentrumsausbeschlüsse einen Stoß versetzt habe, zu wahren. Es handelt sich bei der Reform des preussischen Wahlrechts um eine einschneidende Aenderung der preussischen Verfassung und um eine Materie, in der nicht nur die Ansichten, sondern auch die Interessen der Parteien weit auseinandergehen. Solche Fragen, um die in den meisten Ländern gestämpft wurde, müssen nicht auf den ersten Anhub gelöst zu werden. Die sachliche Haltbarkeit der Lösung ist für die Regierung und das Land wichtiger als ihre Schnelligkeit.

Also die Regierung kann sich nach der „Norddeutschen Allgemeinen“ ruhig noch weiter Zeit nehmen. Die Wahlen zum Reichstag werden sie allerdings wohl darüber belehren, daß das Volk darüber anders denkt.

Daß die Staatsregierung eine schwere, eine beispiellose Niederlage erlitten hat, wird selbst von einem leidenden Blatte des schwarz-blauen Blods anerkannt, der „Köln. Volkszeitung“. Nur bezeugt das rheinische Zentrumsmagazin dem Ministerpräsidenten, daß er eigentlich das unschuldigste Opfer einer Verdrängung geworden sei. Es wird auf die Herren v. Bethold und Unterstaatssekretär Holz hingewiesen und dann fortgefahren:

In einem bekannten Restaurant Berlins findet sich häufig eine Gesellschaft politischer Drahtzieher ein. Dort wird alles geredet und geschätzt, was das Grüppchen hier und dort gehört und erzählt hat, das Plänen und Hoffen. Herr v. Bethold bildet den Mittelpunkt, und der bekannte Regierungsrat a. D. Martin der Lobliner Bethmann soll es, ist die wichtigste Person dabei. Dinstagmorgens Redakteur ist der ehemalige Generaldirektor v. Scharfstein. Hier ist wohl manches politische Verdrängungsmaßnahme entstanden. Wer weiß, ob hier nicht auch das Scheitern der Wahlfrehsfrage, mit dem man dort einigendens das Scheitern des Kanzlers Bethmann Holz verknüpfte glaubte, entstanden worden ist? Ob von hier aus nicht

die Drähte gezogen worden sind, bis Bethmann sich darin verwickelte? Alle würden finden, ja immer wieder auf Herrn v. Bethold zurück, bei dem so leicht kein politisch Ding unmöglich ist, und v. Bethold hat ja wirklich, was er konnte, um die Vorlage zu Fall zu bringen und dem Ministerpräsidenten diese schwere Niederlage zu bereiten.

Die „Königliche Zeitung“ erklärt: „Das Parlament vertrat sich in der Ueberzeugung, daß in der Wahlfrehsfrage das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, daß vielmehr, wenn auch nicht in der nächsten Tagung, so doch nach den Reichstagsferien ein neuer, hoffentlich glücklicher arrangierter Akt beginnen werde.“

Rücktritt des Herrn v. Moltke?

Wie in parlamentarischen Kreisen verlaunt, wird der Minister des Innern, Herr v. M. (früherer Schatz der Landtagskassen) zurückerufen. Die Sache hat allerdings Wahrscheinlichkeit für sich; aber wenn der Mantel fällt, muß da nicht der Verzug nach?

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhauss.

73. Sitzung vom 28. Mai.

Am Ministertisch: Bieleke, v. Arnim-Grienen. Präsident v. Ardenne eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Der Gegenstand über die Verlegung der Landesgrenze gegen das Königreich Württemberg bei der preussischen Gemarkung Steinhofen wird in dritter Lesung genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Gegenstandes betr. den Regatabschluß.

Landwirtschaftsminister v. Arnim empfiehlt die Vorlage. Abg. v. Oberlung (kon.) denkt der Regierung für diese Vorlage die den Schatz der Reichstagskassen anstelle und beantragt Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Abg. Meyer-Notmannsdorf (fr.), Kade (Ztr.), Dujensky (ntf.) und Gehrig (Sp.) stimmen dem zu. Die Vorlage geht an eine Kommission. Hierauf wird die zweite Lesung des

Gerichtshofengesetzes

fortgesetzt. Abg. Kirch (Ztr.) beantragt Auflösung des Kommissionsbeschlusses zu § 44, wonach für die Eröffnung einer Verurteilung von Todeswegen fünf Gehälter der vollen Gehälter, bei eigenhändigen Testamenten die volle Gebühr erhoben werden soll. Nach dem Antrage sollen also in allen Fällen einer Testamentseröffnung nur fünf Gehälter der vollen Gebühr erhoben werden.

Zustaminister Bieleke: Die Regierung hat keine Veranlassung dem Antrage Kirch zu widersprechen. Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Wöhner (kon.), Meyer-Diephofs (ntf.), Reichard (Ztr.), Wübke (fr.) und Melchior (Sp.) beteiligen, wird der Antrag Kirch angenommen.

Abg. Dr. Senda (Sp.) beantragt, den § 43 zu streichen, der eine Erhöhung der Gebühren an ein Viertel bestimmt, wenn sich ein Beteiligter am Rechtsstreit in fremder Sprache erklärt. Zustaminister Bieleke widerspricht. Unsere Gerichtspraxis ist Deutsch und jeder kann für die deutsche Sprache bedienen.

Abg. Göbel (Ztr.) tritt für den Antrag Senda ein. Abg. Sorek (fr.) spricht dagegen. Abg. Keil (ntf.): Wir stimmen gegen den Antrag. Merkwürdig, daß sich Zentrum und Polen hier wieder zusammenfinden. Die polnische Bevölkerung kann recht gut Deutsch sprechen, wenn sie nur will.

Abg. Boisly (ntf.) hält den Führern der Polen vor, daß sie ihre Landesteute aufzuheben, sich der deutschen Sprache unter keinen Umständen zu bedienen.

Der Antrag Senda wird abgelehnt. Bei § 72 (Eintragung in das Handelsregister) beantragt Abg. Cahensly (Ztr.), die Kommissionsbeschlüsse, die für die erste Eintragung einer Firma die Eintragungsgeldgebühr je nach der Gewerbesteuerklasse der Firma eines Einzelkaufmanns auf 150, 75, 50 und 15 Mark, und bei gewerbesteuerfreien Betrieben auf 3 Mark bemessen wollen, abzulehnen und die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Abg. Dr. Wendlandt (ntf.) spricht sich für den Antrag Cahensly aus. Warum sollen wir Einzelkaufmann sein oder der Fiskus? Abg. Varshier (Ztr.) lehnt den Antrag Cahensly ab, die Abg. Hund (Sp.) und Wübke (fr.) sprechen für den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt, die Kommissionsbeschlüsse werden genehmigt, ebenso der Rest des Gesetzes.

Auf Antrag des Abg. Borgmann (Sp.) werden die sozialdemokratischen Anträge wegen des Abgabendenparagrafen und wegen der ausländischen Polizeibeamten abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur

Gebührenordnung für Notare.

Abg. Vieker (ntf.) beantragt, beim Abschluß von Eheverträgen die Bemessung der Notariatsgebühren der freien Ueber-einkunft zu überlassen.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Es folgt die zweite Lesung der Novelle zum Gesetz über die Gewährung von Zuschüssen für Rentengründungen. Das Gesetz will den Fonds für die Gewährung von Zuschüssen von 10 auf 15 Millionen Mark erhöhen.

Abg. Kade (Ztr.) beantragt die Ministerialentlastung an die altpreussische Landeshaupt, der diese beantragt, bei Anträgen privater Erwerbsgesellschaften auf Verbuna von Rentengütern jedesmal

genau zu prüfen, ob dadurch der staatlich begründeten altpreussischen Landeshaupt nicht ungebührliche Konkurrenz gemacht werde. Es widerspreche dem Zweck des Gesetzes, den privaten Gesellschaften den Zuschuss zu verweigern.

Abg. Göbel (ntf.): Auch wir wenden uns dagegen, daß für die altpreussische Landeshaupt etwa ein Monopol geschaffen werden soll. Die private Rentengutsbildung dürfte nicht erschwert werden.

Abg. v. Kardoss (fr.) stimmt der Vorlage zu. Die Vorlage wird angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Gegenstandes betr. die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in Schienen.

Abg. v. Göllner (kon.): Die Vorlage bringt einen Fortschritt auf dem Wege zur allgemeinen Einführung des ländlichen Fortbildungsschulunterrichts. Der Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen stehen wir an sich impathisch gegenüber, bestritten aber, daß andere Schulfragen dabei zu kurz kommen. Für die Einführung des Fortbildungsschulunterrichts für Mädchen auf dem Lande ist wohl noch nicht die Zeit.

Abg. Stull (Ztr.) beantragt die Einführung des Religionsunterrichts in den ländlichen Fortbildungsschulen. Die Religion muß den ganzen Unterricht durchdringen im Interesse der moralischen Erziehung der Jugend.

Abg. v. Kardoss (fr.) befürwortet eine Resolution seiner Partei, die den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht in der Provinz Polen im nächsten Jahre fordert. Damit werde man auch dem Deutschtum einen Dienst erweisen.

Minister v. Arnim wendet sich gegen die Anträge. Die Religion müsse nach Beendigung der Schulpflicht in anderer Weise getrieben werden. In der Fortbildungsschule würde der Religionsunterricht mehr Schaden als Nutzen. Wenn die Provinz Polen den Fortbildungsschulunterricht haben sollte, sollten die Provinzialverwaltungen entsprechende Mittel zuwenden.

Abg. Gade-Wiesen (ntf.): Wir stimmen der Vorlage und dem Antrage Kardoss zu, lehnen aber den Zentrumsantrag ab. Gewiß ist die Religion zu pflegen, in der Fortbildungsschule würde das aber mehr Schaden als Nutzen.

Abg. Schupp (Sp.): Den Zentrumsantrag lehnen wir entschieden ab. Das Zentrum will in der Volksschule herrschen. Wir bezweifeln, daß es diese Herrschaftsgelüste auch auf die Fortbildungsschulen ausdehnen wird. (Beifall links.)

Abg. Hoffmann (Sp.): Wir stimmen für die Vorlage, da wir alles unterstützen, was Bildung und Wissen des Volkes fördert. Der Jugend wird nur die Religion bereitet, wenn sie in der Fortbildungsschule gelehrt wird. Wenn das Zentrum fest in seinem Glauben wäre, würde es nicht immer nach dem besten Gendarm rufen, der die Jugend dem schwarzen Gendarm zutreiben soll. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.): Ohne Religion ist eine gute Erziehung und Bildung der Jugend nicht möglich. Die Religion ist das allerwichtigste und allermodernste Schulfach. (Beifall, Beifall im Zentrum.)

Der Zentrumsantrag wird abgelehnt, ebenso die Resolution Kardoss, die Vorlage angenommen, ferner eine Resolution der Kommission nach dem Mittel im Etat für ländliche Fortbildungsschulen in leistungsfähigen Gemeinden.

Das Haus vertagt sich auf Montag, 11 Uhr (keine Vorlagen und Initiativanträge). Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

11. Sitzung vom Sonnabend, den 28. Mai.

Am Ministertisch: v. Treut zu Köpke. Präsident Frhr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die Staatsberatung wird fortgesetzt beim

Zulussrat.

v. Klipping prazent vor umhüllten Schulneubauten auf dem Lande und bringt eine Spezialbescherde vor. Daß bin eine sehr feine Arbeit, des Bauens, meine Arbeitserbauer sind a. S. fast kurzum eingedrückt. Man darf sich bei solchen Umbauten nicht nur rein ästhetischen Gesichtspunkten stellen lassen. Des ist feine Arbeit, das geworden. Die Fenster sind zu groß. Im Winter kommt dadurch die Kälte, im Sommer die Hitze herein. Die Augen der Kinder leiden unter dem blendenden Licht, das dort hineinragt.

Kultusminister v. Treut zu Köpke verwirft den Vorredner mit seiner Spezialbescherde an den zuständigen Kreisausschuß.

Professor Dr. Klein-Gölling fordert eine gesetzliche Regelung der Stellung der Oberlehrer zu den Stadverwaltungen.

Oberbürgermeister Dr. Henke-Magdeburg: Es ist ein müßiger Streit, ob die Oberlehrer unmittelbar oder mittelbare Staatsbeamte sind. Es genügt, daß sie Staatsbeamte sind. Der Glauben ist vielfach angelehnt zu sein, wenn sie unmittelbare Staatsbeamte sind? Bei gutem Willen können alle Schwierigkeiten vermieden werden. Die Stadverwaltungen wollen sich nicht in den Betrieb mischen, aber sie wollen das Recht haben, dem Unterricht kontrollieren zu können. Den Patronaten sollte man die Stundenspläne verlegen, auch müßte man sie über die Reifebefähigung der Lehrer unterrichten, ebenso über die Verurlaubungen. Das Ehrgefühl der Oberlehrer wird dadurch nicht verletzt.

Prof. Ritter-Magdeburg befragt die Befragten auf Erdringung einer Universität in Frankfurt a. M. Im allgemeinen lasse sich gegen eine der Bevölkerungszunahme entsprechende Vermehrung der Universitäten nichts einwenden. Nur dagegen müsse man sich wenden, daß für die Frankfurter Universität das Prinzip der reinen Staatsuniversität durchbrochen werden soll. Redner führt seine Art über die der guten alten preussischen Wälder und verprechende lässige Behandlung der Anträge von den Senatoren der Universitäten und über die Art der Berufung neuer Professoren.

Schließlich wird sich der Redner gegen die unangelegliche Art der Universitätsneubauten. Man habe immer nur das Bedürfnis des Augenbildes im Auge, anzusehen weiter zu bleiben. In Frankfurt a. M. komme man zum Gedankten Robert Knoss wieder ein Fortbildungsinstitut ersten Ranges errichten, das schon Alexander v. Humboldt

empfohlen habe. Der Kauf, ein solches Institut in seinen Plänen zu haben, werde für Frankfurt größer sein als der Kauf, eine Unterriedigkeit noch dazu auf einer platonischen Basis zu besitzen, die unter Umständen der ältesten evangelischen preussischen Unterriedigkeit Würzburg gegenüberstehen würde. (Welfall.)

Der Bürgermeister Dr. Wilms-Köfen: Frankfurt mag eine Unterriedigkeit bekommen, wenn es die erforderlichen Kosten auch für die Unterhaltung anerkennen. Realistisch muß sich die Unterriedigkeit der bestehenden altbewährten Form nach Möglichkeit anpassen. Der Redner dankt für die Erwähnung der Akademie Köfen, die zu einem geistlichen Zentralkreis der Deutschtums im Osten geworden sei. Hoffentlich werde sie bald zu einer Unterriedigkeit ausgebildet.

Hüst zu Galm-Sostmar begründet einen Antrag, zur besseren Ausgestaltung und Ausstattung der philosophischen Fakultät der Unterriedigkeit Minister in den nächsten Etat erscheidende Mittel einzustellen. Ueber die stiefmütterliche Behandlung Wülfers und die Verzögerung Bonn's herrsche im Westen lebhafter Unwille. Die Hörsäle seien schlechter als Arbeiterwohnungen. Gegen eine Volksschule in gleichem baulichen Verhältnisse auf irgend einem entlegenen Dorf spreche die Regierung sofort ein. Aber für die Studenten der Unterriedigkeit Minister sei überhaupt alles gut. Auch für die Begriffe sei es gut, was nicht gesehen. Für Zoologie B. B. gebe es noch ein Doktorat nach ein Extradoktorat und das zoologische Institut bekomme alljährlich vom Staatse ganz 300 Mark. In den letzten drei Jahren sei für Röntgen 27 Mal Honorar ausgegeben worden wie für Wülfers. Diese rückständige Behandlung der westfälischen Landesunterriedigkeit müsse ein Ende nehmen.

Kulturminister Troitz zu Holz: Ich habe Kommissare nach Minister zur Prüfung der Verhältnisse entsandt. Auf Grund ihrer Berichte bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß auf baulichem Gebiete für die Unterriedigkeit etwas geschehen muß.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Kaiserliche Unterschriften durch den Kronprinzen.

Ein Kurant aus der rechten Hand hinter den Kaiser augenscheinlich, selbst die vielen Schriftstücke zu unterzeichnen, die ihm täglich vorgelegt werden. Infolgedessen hat er den Kronprinzen beauftragt, diese Unterschriften in seinem Namen zu geben.

Interessant ist die Form, in der die betreffenden Erklärungen im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Da ich auf ärztlichen Rat Mir für einige Tage Schonung meiner Hand auferlegen muß, will ich Euer Kaiserliche und Königliche Hoheit und Liebden für die Dauer meiner Behinderung beauftragen, an meiner Statt diejenige Schriftstücke unterzuschreiben zu vollziehen, welche Euer Kaiserliche und Königliche Hoheit und Liebden zu diesem Zweck zugehen lassen werde.

Neues Palais, den 27. Mai 1910.

Wilhelm, I. R.

von Bethmann Hollweg, Freiherr von Rheinbaben, Delbrück, Selesky von Breitenbach, von Arnim, von Moltke, Sydow, von Troitz zu Holz.

In den Kronprinzen des Deutschen Reichs und Kronprinzen von Preußen Kaiserliche und Königliche Hoheit.

In der Anlage lasse ich Ihnen einen an Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen des Deutschen Reichs und Kronprinzen von Preußen gerichteten Erlaß mit der Beiliegung geben, ihn nebst Meinem gegenwärtigen Erlaß durch das Reichsgesetzblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Neues Palais, den 27. Mai 1910.

Wilhelm, I. R.

von Bethmann Hollweg.

Es ist das erste Mal, daß der Kronprinz mit einer offiziellen staatsrechtlichen Mission beauftragt wird. Das Befinden des Kaisers, der sich die Geschäftswelt an der rechten Hand aufschneiden ließ, um der Gefahr einer Blutvergiftung vorzubeugen, ist unverändert befriedigend. Seine teilweise Vertretung durch den Kronprinzen wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein.

Juzikat Josef Stranz

Die deutsche Rechtsanwaltschaft hat einen schweren Verlust erlitten. Einer ihrer bedeutendsten Vertreter, Juzikat Dr. Josef Stranz in Berlin, ist in vergangener Nacht 50-jährig gestorben.

Er ist einem Herzeleid erlegen, von dem er vergeblich an der Riviera Erholung suchte. Mit ihm ist ein tüchtiger Kenner des Rechts, ein gewandter Schriftsteller und Redner, ein mutiger Vertreter freisinniger Anschauungen und zugleich ein Mann von ritterlicher und vornehmer Gesinnung von uns geschieden. Weit über den Kreis seiner Berufsgenossen hinaus, die ihn in den Vorstand der Anwaltskammer und in das Ehrengericht sowie in den Vorstand des Berliner Anwaltsvereins beriefen, genoß Stranz Vertrauen und Ansehen.

Er leitete seit Staats Tod die „Deutsche Juristenzeitung“, in der er die einschlägigen Fragen wie die Verhandlungen des Tages wissenschaftlich und doch interessant bearbeitete. Von seinen Schriften sind am bekanntesten Drenfus-Prozess, Jolas Yaccuse, Französisches Recht über Preußens Verordnungen im Anschluß an den Prozess Jola. Wahrheitsbeweis bei Beleidigung. In Gemeinschaft mit Juzikat Stephan Gerbard: Kommentar zum preussischen Ausführungsgebot vom 20. B. V. Ferner gab er die Staatsfischen Arbeiten heraus.

Die Fortsetzung der Bagdadbahn.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die türkische Regierung Verhandlungen mit englischen Kapitalisten wegen Fortführung der Bagdadbahn in bis zum Perzischen Golf eingeleitet. Die Bagdadbahn ist zunächst nur bis Bassorah, 90 Kilometer von der Nordküste des Persischen Golfes entfernt, geplant. Von Bassorah aus würden die Engländer unweifelhaft den Anschluß an das spanisch-italienische Bahnnetz und damit den Anschluß des Bagdadbahn nach Indien, herstellen. Die deutsche Anatolische Bahn und ihre Fortsetzung nach Sibirien, die Bagdadbahn, würden, falls die Trasse Bagdadbahn-Perzischer Golf ausgebaut werden sollte, von Eng-

ländern förmlich blockiert und um den größten Teil ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung gebracht werden.

Parteinachrichten.

Mathias Erzberger wird fürchterliche Musterung halten. Herr Erzberger hat in Mainz über sein Duell mit Dornbush gesprochen und dabei fürchterliche Drohungen von sich gegeben: der Kampf habe erst begonnen; man werde sehen, wer am längsten aushalte; der neue Vertrag mit der Kolonialgesellschaft sei ungültig; Brodüren von ihm und bedeutenden Staatsrechtgelehrten würden die Nation über die Wirtschaft des Kolonialamts aufklären usw.

Schule.

Lagegeber und Reisekosten.

Der geschäftsführende Ausschuss des Preussischen Lehrervereins hat eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, in der unter eingehender Motivierung gebeten wird, das Haus der Abgeordneten wolle gelegentlich der Verhandlungen über den Gehaltentwurf betreffend die Neubemessung der Lagegeber und Reisekosten für preussische Staatsbeamte, dahin wirken, daß eine gesetzliche Grundlage für die Gewährung von Entschädigungen für Dienstreisen an Volksschullehrer geschaffen werde und daß diese Entschädigungen in der Höhe gewährt werden, wie in den §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 21. Juni 1897 unter Position V bestimmt ist bzw. wie in den entsprechenden Teilen des neuen Gesetzes festgelegt werden wird.

Bisher hatten die Volksschullehrer außer der Besoldung im Interesse des Dienstes keinen gesetzlichen Anspruch auf Gewährung von Reisekosten und Lagegeber. Durch Beschäftigung dieser Eingabe würde aber nicht nur eine Ausnahmebestimmung der Volksschullehrer hergestellt, sondern ihnen auch eine Einreihung innerhalb des Beamtenstandes gewährt werden, die sie mit Rücksicht auf ihre berufliche und soziale Stellung und ihre Bedeutung für das Staatsganze von Rechtswegen verlangen können.

Kleine politische Nachrichten.

Die sinesische Militärmission in Berlin.

Prinz Taisiao traf gestern nachmittag an der Spitze der sinesischen Militärmission in Berlin ein. Die Ankunft erfolgte auf dem Potsdamer Bahnhof unter den Ehrgängen, die ihm als dem Bruder der Prinzregenten in der gleichen Weise zuteil wurden, wie seinem Bruder Tai Shuen als dieser im Anfang dieses Jahres an der Spitze der Marineinspektionsmission die Reichshauptstadt besuchte.

Schlichtung des Bürgermeisters Dr. Dulla.

Die Stadtvorordnetenversammlung von Offenbach a. M. hat in ihrer nichtöffentlichen Sitzung beschlossen, gegen ihren Bürgermeister Dr. Dulla in der Kaiserhofaffäre Angelegenheit die Schadenersatzklage anzutreten. Der Schaden, den die Stadt Offenbach bei Übernahme der Aktien im Kurs von 75 v. S. erlitten hat, beziffert sich auf 60 000 M. Der Beschluß, gegen Dr. Dulla Klage vorzubringen und ihn für den durch Anlage fiktiver Gelder in spekulativen Börsenpapieren der Stadt Offenbach erzwungenen Schaden haftbar zu machen, ist schon vor zwei Jahren erfolgt, doch hat man mit der Auslösung noch gewartet, bis eine Entscheidung in der Klage gegen den Bankier Jakob Wolff in Frankfurt a. M. vorliegt. Da sich nun diese Sache in die Länge zieht, hat sich die Stadtvorordnetenversammlung entschlossen, ohne jede Entscheidung abzuwarten, gegen Dr. Dulla Klage vorzubringen, um der drohenden Verzögerung vorzubeugen.

In der Hellsdaffäre

Es geht das Gutachten des Kammergerichtes fertig gestellt worden und wird in allerhöchster Zeit dem Justizministerium zugehen. Das Ministerium hat nur eine formaljuristische Prüfung an dem Gutachten vorzunehmen und kein Dergewaltigen abzugeben. Demgemäß ist zu erwarten, daß das Justizministerium das Gutachten an den Kompetenzgerichtshof überweist und gleichzeitig dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten hiervon Mitteilung macht.

Ein neuer Arbeiterverband.

Wegen der auf ernte Lohnläufe in der Tabakindustrie hindeutenden Bewegung unter den Tabakarbeitern haben sich, wie der Mannheimer General-Anzeiger berichtet, die deutschen Arbeitervereine über die Lage der Tabakarbeiter in der Tabakindustrie zu einem neuen Arbeiterverband zusammengeschlossen. In den geschäftsführenden Vorstand sind Vertreter der Verbände von Sachsen, Bremen, Weiskalen, Schlesien und Unterbaden gewählt worden. Ueber die gegenseitigen Arbeiterbewegungen einzuflussende Statistik sei eine vollständige Einigung erzielt worden.

Ausland.

Wurde Hofrichter zum Tode verurteilt?

Das Kriegsgericht gegen Oberleutnant Hofrichter verhandelte am Sonnabend entgegen allen Erwartungen nur bis 11 Uhr vormittags. Um diese Zeit verließen die militärischen Richter das Garnisonsgericht. Hauptmannauditor Kung blieb im Garnisonsgericht zurück. Die authentische Bestätigung, daß das Urteil bereits gefällt ist, liegt noch aus. Es ist jedoch so weit sicher, daß das Urteil über Hofrichter bereits gesprochen wurde. Eine Information besagt, daß Hofrichter vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Inwieweit der Gerichtsherr von seinem Begnadigungs- oder Strafmündlungsrecht Gebrauch machen wird, ist noch unklar. Es steht fest, daß bis 1 Uhr mittags das Urteil formell noch nicht erlassen war. Die Formalisierung und Ausfertigung des Urteils wurde erst im Laufe des Nachmittags erwartet. Wegen des Sonntags dürfte dann die Weiterleitung des Urteilsaktes an den Gerichtsherrn erst Montag erfolgen.

Ueber die Urteilsfällung

wird berichtet: Von den acht Mitgliedern des Gerichtsrats wurden neun Stimmen abgegeben, da der Vorsitzende der Gerichtscommission über zwei Stimmen verfügt. Die Abstimmung ging in der Weise vor sich, daß alle Mitglieder des Kriegsgerichts mit Ausnahme des Präsidenten und des Auditors ihre Stimm abgaben. Es wird, wie die Militär-Anzeigerberichterstattung berichtet, das Urteil über Hofrichter ab. Dann folgen dem Range nach alle übrigen Mitglieder. Zuletzt stimmen der Auditor und der Präses des Kriegs-

gerichts. Ueber die Abstimmung wird ein eigenes Protokoll verfaßt, und die Vorgänge bei der Urteilsfällung bleiben für alle Zeiten geheimnis. Das Urteil wird sofort verlesen und dem Gerichtsherrn überhandt, der nacheinander die weitere Verfügung zu treffen hat.

Wie das „Fremdenblatt“ in seiner heutigen Ausgabe meldet, enthält der rechtliche Vortrag des Auditors Kung auch einen Begnadigungsantrag, der, falls er von den Mitgliedern des Kriegsgerichts angenommen würde, dem Gerichtsherrn zugleich mit dem Urteil vorgelegt wird. Falls der Gerichtsherr diesem Begnadigungsantrag zustimmt, würde Hofrichter zu zwanzig Jahren schweren Ketters begnadigt werden. Ueber.

Die letzten Phasen der Verhandlung

gegen Hofrichter wird noch bekannt: Hauptmannauditor Kung schloß am Sonnabend etwa eine Stunde nach Beginn der Verhandlung sein Referat. Es erfolgte hierauf eine allgemeine Belehrung an die Richter, daß jeder von ihnen, unabhängig vom Vortrage, nach Ueberzeugung und Gewissen und mit Rücksicht auf die Gesetze entgehen möge. Es folgte hierauf nach dieser allgemeinen Belehrung die Beratung der Kriegsgerichtsmitglieder über das Urteil. Nachdem die Richter nach 11 Uhr das Garnisonsgericht verlassen hatten, blieb der Auditor allein im verperrten Verhandlungssaal zurück und verlegte und verpackte die Akten zur Abwendung an den Gerichtsherrn. Um 1/2 Uhr kehrte der Präses des Kriegsgerichts in das Garnisonsgericht zurück. Wegen der kurzen Dauer der Verhandlung nahm man an, daß die Entscheidung der Kriegsgerichtsmitglieder im Sinne des Antrages erfolgte, der nach dem Gesetz nur auf den Tod lauten kann.

Das Kinderfest in Amsterdam.

In der Reihe der Festlichkeiten, die jetzt in Amsterdam zu Ehren der Königin Wilhelmina und der kleinen Prinzessin Juliana veranstaltet werden, fand kürzlich ein Kinderfest statt. Die W. Z. A. M. berichtet über dieses Fest: 8700 Kinder bildeten den Festzug, jedes einzelne von ihnen trug eine kleine Fahne. Der Anblick war reizend. Als der neunte Glockenschlag verlungen war, kam feierliche Stille über die Kinder, und die Taubende und Märetaubende der Zuschauer, die auf den Dächern, Laternen, Telegraphenmasten Posto gefaßt hatten. In diesem Moment wurde an einem Seitenreißer die Königin sichtbar, mit der kleinen Prinzessin auf dem Arm. Das Kind hatte schickeres Begleitpersonal als der bunte Witz, denn die kleinen, molligen Händchen wühlten leicht. Das war das Signal zu einem obenstehenden Gebot, das aber noch stärker wurde, als die königliche Familie auf dem Balkon erschien. Die Königin trug eine elfenbeinfarbene Seidenrobe mit point-lace Ueberwurf und runden weißen Tüllhut mit weißer Agrette. Nun gab die Königin dem Dirigenten, der von einem vier Meter hohen Podium aus die Sängerchor regierte, das Zeichen zum Anfang. Juliana wurde von einer Hofdame hineingetragen, die im Kuvertmantel der entfalteten Kinder nicht abgesehen. Und nun erfolgte die ersten Töne hell und klar in den frischen Morgen, als die letzte Stroche erklang:

„Wir wollen's Prinzenchen bewachen,
Das Kindchen, zart noch und klein,
Das Kindchen, holdst beherrschet,
Soll Holland's Wohlstand sein!“

Da sah man selbst im Auge der Züchtin eine Träne. Nach Schluß der Aufführung wurde der Dirigent und Komponist des Jubiläumliedes zur Königin berufen, die ihm ihren Takt abgab und dabei ihrer Freude Ausdruck gab, daß ihre Kind sich so ruhig verhalten hatte. Langsam geritzte sich die Menge.

Zum Schutz Petersburgs.

Der russische Landesverteidigungs-Kommission in der Duma ist eine Vorlage überreicht worden, die für Kajenenhanten in Finnland 11 Millionen verlangt. Tatsächlich handelt es sich, wie der „Frank. Ztg.“ aus Petersburg gemeldet wird, um Konzentrierung von starken Truppenmassen an der Bahnhinie Petersburg-Helsingfors, Abo und Björnberg zum Zweck besserer Sicherung Petersburgs. Diese Meldung steht im Zusammenhang mit der Verlegung des fünften russischen Armeekorps von der deutschen Grenze an die Bahnhinie Petersburg-Helsingfors.

Die französischen Zeitungen, vor allem der „Temps“, hatten sich über diese Maßnahmen sehr erregt, da sie gegen das französisch-russische Militärabkommen verstoßen. Russland dagegen behauptet, daß angesichts der Schwäche seiner Flotte und der Unvollständigkeit Finnlands eine stärkere Sicherung der Hauptstadt unbedingt nötig sei.

Kleine Tagesnachrichten.

Wieder ein „deutscher Spion“.

Uebermals sind in Frankreich „Spione“ entdeckt worden. Sicherheitsinspektoren bemerkten in der Nähe von Toulouse in französisch-Bohningen zwei Individuen, die photographische Aufnahmen der Befestigungswerte machten. Die beiden ergriffen die Flucht und versteckten sich in einer Mauerhöhle. Einer von ihnen wurde festgenommen. Er gab an, Joseph Müller zu heißen und aus einer lothringischen Driftstadt zu stammen. Als seinen Wohnort nannte er M. H. Außerdem fand man in der Wohnung auf einer Maschine zwei photographische Apparate und eine große Anzahl von Photographien verfertigt. Der Komplotte des Müller ist in den Wald entkommen und bisher nicht wieder gefaßt worden.

Wieder ein französisches Unterjoch in Gefahr.

Es ist heute erfährt man aus eingehenden Berichten über die jüngsten Gesandten an der Küste Korffas, daß das von Leantant Bernard befehligte Unterjoch „Circ“ gleich am ersten Lande der Höhe nahe daran war, in den Grund gebohrt zu werden. „Circ“, beauftragt, das mit zwölf Kanonen Geschwindigkeits fahrende Küstenkreuzer „Admiral Tebouart“ anzugreifen, richtete gegen diesen auf 100 bis 150 Meter Entfernung einige Torpedos. Der Torpedos aber machte einige im neuen Reglement angeordnete Torpedosbewegungen, die ihn in unmittelbarer Nähe des eben ankommenden Unterjoches brachten. Dank der Besonnenheit der Kommandanten des Küstenkreuzers wurde eine Katastrophe vermieden.

Das Ende der Revolution in Nicaragua.

Wie aus Bluefields gemeldet wird, haben die Truppen des Präsidenten Madriz, unterstützt durch das Feuer des Kanonenbootes „San Jacinto“, die Insurgenten am Breiten Meer geschlagen und Bluefields Blutz genommen. Man nimmt an, daß dieser Sieg das Ende der Revolution in Nicaragua bedeutet.

Paul Schauseil & Co.

kommanditirt v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a/S., Bitterfeld, Delitzsch u. Eilenburg.

An- und Verkauf von Wertpapieren,
ausländischen Banknoten
und Geldsorten.

Check-Conto-Corrent-Verkehr.
Wechsel-Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Coupons etc.

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen).
Verlosungs-Kontrolle.
Privat-Tresore
(einzeln vermietbar).

Einbruch-Diebstahl-

Versicherungen zur Reisezeit, durch Coupon-Policeen zur Jahresprämie von
M. 5 bei Mobiliarwert bis H. 10.000.—
" 10 " " " " 20.000.—
" 15 " " " " " 30.000.—

empfehlenswert abzuschließen die
Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt.
Haupt-Agentur: G. H. Fischer, Halle a. S., Königsstr. 2.

Wichtig für die Reisezeit!

Otto Hendels Buchhandlung
Markt 24 Gustav Ehlers Markt 24
Größtes Lager in
Reiseführern
Radfahrerkarten
Kursbüchern
Reiselektüre.

Heizungs- u. Lüftungs-Anlagen aller Art.



Trockeneinrichtungen für alle Zwecke, Koch- und
Waschküchen, Badeeinrichtungen.
Seit 1876 weit über 1000 im Betrieb.

Sachse & Co., Halle S.

Älteste Heizungsfirma am Platz.
Zweiggeschäfte: Dresden und Beuthen O/Schl.

Die Phonola

ist das beste Instrument für persönliches Klavierpiel u. ermöglicht
jedem Laien hinlänglich Klavier zu spielen. Für den bei Klavier-
spielen unüblichen Klavierbau ist es ein mehreres Bedürfnis und ein
höher fechtiger Geminn. Phonola-Laura-Broschüre gratis u. franco
durch den Alleinverkauf bei **Dr. Albert Hoffmann, a. Bitterfeld.**

Dienstboten-Erkrankungen.

Versicherung der Dienstherrschaften gegen Kur- und Verpflegungskosten
bei Erkrankungen und Unfällen übernimmt gegen feste Prämien die

Oberrheinische Versicherungs-Gesellschaft

in Mannheim. (Transporte, Unfall, Haftpflicht, Glas- und Einbruchdiebstahl-
Versicherung).

Anträge vermittelt und sind zu jeder gewünschten Auskunft gern bereit

in Halle a. S.:
M. Borsuchlegel, General-Representant.
Bureau Ludwig-Wachereit. 86, Fernruf 2771.
Waldemar Kückert, Inspektor, Gr. Stein-
straße 65, Fernruf Nr. 850.
Paul Zitzmann, Beamter, Wegscheiderstr. 5.
Carl Dobrnt, Beamter, Gr. Berlin 10.
Franz Müller, Haupt-Agent, Wörmlitzer-
straße 19, Fernruf Nr. 308.
H. A. Strauchenbruch, Bürgermeister a. D.,
Saunp.-Agent, Hlbenstr. 6.
Paul Petzold, i. Firma Friedrich Schubert,
Agenturen-Gesellschaft, Pellenstr. 23, Fernr. 2063.
in Hildesheim: **Edward Müller, Burgstr. 20.**

in Bitterfeld: **Emil Doh. Kaufmann, i. d.**
Ökonom: Robert Wittig, in Delitzsch: A. Tho-
mann, in Döben: A. Sumner, in Türens-
berg: Paul Bauer, in Weißenh. Karl Salsch,
in Gerbshar: August Heider, in Heitzebr:
Erwald Graue, in Delbra: Hermann Hügel-
mann, in H. Wittenberg: August Fischer,
in Hühner: Gottmannshöhlen & Hohenburg,
in Wertheburg: Max Stedner, in Naumburg:
Franz Lindner, in Pöschel a. G.: Gustav
Erhardt, in Bad Schandeweber: Erich Bruner,
in Cuxharr: Richard Jäger, in Schöneb.-
Karl Büchel, in Weiskensfeld: Gustav Böde,
in Weitz: Franz Müller, in Wittenberg a. G.:
Sermann Rühle. [19070]

Fowler's Dampfplüge,

für Heissdampf und Sattdampf,
unerreicht
in Leistung, Dauerhaftigkeit und Sparsamkeit im Betriebe;

ferner **Strassenlocomotiven,**
Dampf-Strassenwalzen und als
Neuheit leichte **Motorwalzen**

werden, auf der **Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft**
in Hamburg vom 2. bis 7. Juni d. Js. ausgestellt.

John Fowler & Co., Magdeburg.

Auskunft wird erteilt: **Stand 3, Reihe 1, sowie Hotel Hamburger Hof.**
Mehr als 50jährige Erfahrung in allen Weltteilen.
Lohn-Dampfplug-Unternehmer werden kostenlos nachgewiesen.

Schweizer Schokolade

unübertroffen im Wohlgeschmack und in stets reicher Qualität
erhält man zu vortheilhaftesten Preisen beim direkten Ver-

kauf von der
Verkaufs-Zentrale für Schweizer Schokoladen,
L. Hymnitch, Friedrichshafen a. Bodensee.

Holzwand in jedem Quantum. Von 4 Wd. an franco.
Man verlange Preisliste. Preisliste der verschiedensten Sorten
für 6 M. und 9 M. portofrei b. Nachfrage.

Zentralheizungen
Dicker & Werneburg
Älteste Hallesche
Zentralheizungs-
Firma.
Hunderte von
Anlagen im
Betrieb.
Referenzliste zu Diensten

Elektrische Anlagen
jeder Art und Größe.
K. Rast, Halle a. S., Seifstr. 28, Tel. 169.

Jalousie Rudolph
HALLESAALE
Feldstr. 2106 Krausenstr. 16
Gegründet 1879

Halle a. S. Alwin Tietz
Raffineriestr. 43b. Fernsprecher 565.
Metallguss in allen Legierungen,
Lagerweissmetall, beste Marke,
Druck und Tourenzahl. [1946]
Armaturen, selbstgefertigt, stets gross. Lager.
Alle Reparaturen schnell, sauber, billigst.

Blutreinigung
auslöschen, Korymben, Gift und Strychnin, Strychnin, Strychnin, Strychnin,
Pflanzlich verträglich bewirkt dies für eine Frühjahrskur ausserordn. 1,50 M.
Bei Einzahlung von 1,50 M. franco. Gehilflich in allen Krankheiten.
Depots: Bismarck-, Köpenick-, Hohenzollernbad u. Engelapoth.

Hausbesitzer-Bank,
Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht,
Halle a. S., Barfüsserstrasse 15.
Ankauf von Wechseln.
Gewährung von Darlehen.
Verzinsung von Spargeldern zu 3 1/2 und 4%
auch von Nichtmitgliedern.
An- und Verkauf von Effekten.
Einziehung von Ausständen aller Bank u. Stände.

Wratzke & Steiger
Juwelen. ♦ Halle a. S.

Mein Monatsheft über
Canada Pacific sh
ist soeben erschienen und geht Interessenten kostenlos zu.
Erich Schumann, Bankgeschäft
Berlin N.W. 7, Prinz Louis Ferdinandstr. 1.
Tel. Amt I. 5167. Telegr.-Adr.: Freiverkehr.

Dr. Ferdinand Münter,
Buchhandlung, Alte Promenade 55, Nähe Hauptpost.
Reifebücher, Reifehefte, -Karten.
Naturwissenschaftliche Wegweiser.

Parkett- und Stabfußböden
aus Buchen und Eichenholz
Otto Metzger, Holzpflege und Holzverarbeitung A.-G. Weimar.
Freitragende Holzdachkonstruktionen
nach eigenen patentierten Systemen, auf Grund in feuerfesterer Aus-
führung für Luftdicht, Feuerschutz, Automotile und Sturzfallen, Tenz-
falle, Fabrikgebäude, Bittertruppen, Lagerhallen, Schuppen. Lieferung
der patentierten Elemente oder auch Übernahme ganzer Bauten
Kostenlose Projektbearbeitung.

Patent-Grude-Oefen
zum Kochen, Braten, Backen, Heizen.
Ohne Wärmröhre v. 29 M. an
Mit Wärmröhre v. 50 M. an
Alleinverkauf: **Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 57.**
Einfache Grudeöfen 6.—, 7.50, 9.—, 12.—, 15.— bis 30 M.

Friedrich Peileke,
Möbel-Magazin.
Gegr. 1883.
Halle a. S., Geiststr. 25.
Telephon 2450.
in grosser Auswahl stets am Lager.
Sämtliche Einzelmöbel
zu mässigen Preisen.
Eigene Tischlerei und Polsterwerkstätte im Hause
Mein Geschäft ist Sonn- und Feiertags geöffnet.

Grösste Hallesche Hauschlachterei
mit Motorbetrieb.
Bernhard Borgis, Halle a. S., Dompst. 10.
Jeden Montag und Donnerstag 573
Grosses Schlachtfest.
Hochfeine Wurstwaren
aus nur reinem, frischem Schweinegut.

Erdbeer-
Torten, Eis mit Schlagsahne,
Punsch romaine
und andere Getränke.
Crème-Torten, Crème-Eis.
Am Kirchthor, Ecke Mühlweg.
Montag, den 30. Mai cr., von 8 Uhr ab
grosses Elite-Konzert (Operetten-Abend).

Galvanisierung Mutter- und
in kurzer Zeit entfernt.
In einigen Wochen wird d.
Verfahr. von Korten ausgeht.
Witkor Schefflerstr. 15 b. v.
Sprechst. v. 9-11 u. 3-7, Sonn. 9-12.
Geschäfts- und Plasterarbeiten,
Sommerproben, Lederreparaturen,
Haare, Wimpern, Brillen, Flechten,
Kuschelg., Strohhüte etc. bekannt
mit schnellstem, richtigem Erfolg
Witkor. Ulmer-Hospitalstr. 10
Sprechst. 10-1 Uhr.



Kreitenmeyer's Zahnpraxis,
Leipzigstrasse 8 (vis-a-vis der Ulrichstrasse).
Atelier für modernen Zahn-Ersatz
mit und ohne Entzerrung der Wurzeln.
Schmerzloses Zahnziehen.
Kunstvolle Plombierungen etc.
Schonendes Behandl. Mäss. Preise. Bequ. Zahnstuhlab.
- Telephon 5501,
Über mein schmerzloses Verfahren liegen viele
Bewertungsbescheide im Weiter aus.



Sch S eln,
Hutschachteln
in allen Größen.
Reise-Kartons in Lederriemen.
Lagerkästen in jeder Ausföhr.
Hall, Karl-Fabr. Georg Hill,
Ludw. Wuchererstr. 28 (Neubau).
Hygienische
Bedarfsartikel, Nessel, Kälte
mit Impf. viel. Aesthe. u. Prof. grad. u. H.
M. Ungar, Baumstrasse 11
Berlin 10, Prinz-Carlstrasse 11/12.